



Antrag Verkehrsinfrastruktur
- Ausbau des Straßenverkehrsnetzes

Grid for application number

Antragsnummer
(wird von NBank vergeben)

1. Angaben zum Antragsteller

Form fields for applicant details: Name, PLZ, Ort, Straße, Hausnummer, Projektleiter, Telefon, Telefax, E-Mail, Kreis

2. Angaben zum Vorhaben

Form field for project title / goal

2.1 Angaben zum Investitionsort

Form fields for investment location: PLZ, Ort, Straße, Hausnummer

Form fields for timeline: 2.2 Gesamtplan des zeitlichen Ablaufs der Maßnahme: Beginn/Ende des Vorhabens, Tag, Monat, Jahr

2.3 Art des Vorhabens

- Checkboxes for Bundesstraße, Landesstraße, Kommunalstraße

3. Finanzierungsplan

Zum Vorsteuerabzug gem. § 15 UStG berechtigt: (Die folgenden Angaben enthalten keine MwSt.) [ja] [nein]

3.1 Gesamtausgaben

Table with 2 columns: Category (Bauausgaben, Planungskosten, Grundstückskosten, sonstige Ausgaben, Summe Ausgaben) and Euro amount

3.2 Finanzierung (Einnahmen)

Table with 2 columns: Category (Eigenmittel, Mittel Dritter, beantragter EFRE-Zuschuss, Summe Finanzierung) and Euro amount

3.3 Nettoeinnahmen gem. Art. 55 (2) VO (EG) 1083/2006

Table with 2 columns: Category (Summe gesamt) and Euro amount

4. Erklärungen Antragsteller

4.1 Die Fördermittel werden ausschließlich zur Finanzierung der beschriebenen Maßnahme verwandt.

Mir/uns ist bekannt, dass im Zuwendungsbescheid eine Zweckbindungsfrist festgelegt wird, während der die dauerhafte Nutzungsfähigkeit der Maßnahme auf eigene Kosten durch laufende Betreuung, regelmäßige Reinigung, Instandhaltung und ggf. Erneuerung sicherzustellen ist.

Ich/wir erkläre(n), dass die Finanzierung der mit dem Vorhaben verbundenen Folgekosten für den Zeitraum der Zweckbindung gesichert ist.

4.2 Ich/wir bestätige(n), dass der/die Eigentümer(in), Nutzungsberechtigte oder Dritte nicht verpflichtet ist/sind, die Maßnahme selbst durchzuführen bzw. die Kosten zu übernehmen (z.B. Kompensationsmaßnahmen, Rechtsverpflichtungen).

4.3 Mir/uns ist von der NBank bekannt gemacht worden, dass folgende im Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:

- Angaben zum Antragsteller
- Investitionsort / Sitz des Trägers einer nicht-investiven Maßnahme
- Beschreibung und Begründung des Vorhabens, soweit die Angaben als Tatsachen feststehen
- Beginn des Vorhabens
- Angaben zur Finanzierung, soweit sie als Tatsachen feststehen
- Angaben über gegebenenfalls bestehende wirtschaftliche, rechtliche und personelle Verflechtungen zwischen Träger, Betreiber und Nutzer.

Mir/uns ist weiterhin bekannt, dass eine Entstellung oder Unterdrückung dieser Tatsachen ggf. als Betrug im Sinne des § 263 StGB strafbar ist. Mir/uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns bis heute bewilligte Zuwendungen, sei es der NBank, sei es einer anderen staatlichen Stelle oder der Europäischen Kommission

- bisher nicht wegen formeller und/oder materieller Rechtswidrigkeit (insbesondere wegen Unvereinbarkeit mit dem EU-Beihilfenrecht nach Art. 107, 108 Vertrag über die Arbeitsweise der EU) aufgehoben und zurückgefordert wurden oder
- im Falle einer diesbezüglichen Rückforderungsentscheidung vollständig zurückgezahlt wurden.

Mir/uns ist bekannt, dass eine Bewilligung solange unterbleibt, bis die erhaltene Zuwendung vollständig und nach Maßgabe des jeweiligen Rückforderungsbescheides zurückgezahlt wurde. Vorstehende Erklärung ist eine subventionserhebliche Tatsache. Mir/uns ist insoweit ebenfalls bekannt, dass ich/wir jede zukünftige Abweichung meiner/unserer vorstehenden Angaben unverzüglich der NBank mitteilen muss/müssen. Dazu gehören auch zukünftig ergehende Rückforderungsentscheidungen oben genannter Stellen.

Hinweis:

Die Bewilligungsstelle kann weitere Unterlagen nachfordern, soweit dies für die Beurteilung des Projekts erforderlich ist. Ich/wir versichere(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und der beigefügten Unterlagen.

Ort / Datum

rechtsverbindliche Unterschrift(en) des / der Antragsteller(s)

4.4 Mir/uns ist bekannt, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten von der zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden.

4.5 Mir/uns ist bekannt, dass an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligt ist und dass in diesem Falle die VO (EG) 1083/06 des Rates vom 11. Juli 2006 (ABl. G L 210 ff vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit der VO (EG) 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 (ABl. EG Nr. L 210, S. 1 ff. vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit VO (EG) 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 (ABl. EG L 371/1 vom 27. Dezember 2006) Anwendung findet.

Nach Art. 72 der VO (EG) 1083/06 vergewissert sich die Kommission, dass die Mitgliedstaaten über Verwaltungs- und Kontrollsysteme verfügen, die den Artikeln 58 bis 62 der VO (EG) 1083/06 entsprechen.

Unbeschadet der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Prüfungen können Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission vor Ort überprüfen, ob die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam funktionieren.

Die Kommission kann einen Mitgliedstaat auffordern, vor Ort das wirksame Funktionieren der Systeme und die ordnungsgemäße Durchführung eines oder mehrerer Vorgänge zu prüfen. An solchen Prüfungen können Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission teilnehmen.

Nach Art. 69 der VO (EG) 1083/06 informieren der jeweilige Mitgliedstaat und die für das operationelle Programm zuständige Verwaltungsbehörde über die Vorhaben und die kofinanzierten Programme und sorgen für deren Bekanntmachung. Die Informationen richten sich an die Bürger der Europäischen Union und an die Begünstigten und sollen die Rolle der Gemeinschaft betonen.

4.6 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass zum Zwecke der Transparenz von Fördermaßnahmen das Land Niedersachsen meinen/unseren Namen (insb. Firmennamen) sowie Angaben über das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlicht (Verzeichnis der Begünstigten, Art. 7 Abs. 2 (d) VO 1828/2006).

Mir/Uns ist bekannt, dass bei Nichtzustimmung eine Förderung des Projektes/der Maßnahme nicht erfolgen kann.

4.7 Vorsteuerabzugsberechtigung

- Ich/wir erkläre(n), zum Vorsteuerabzug gem. § 15 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) nicht berechtigt zu sein
- Ich/wir erkläre(n), zum Vorsteuerabzug gem. § 15 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) berechtigt zu sein

4.8 Wurde mit dem Projekt vor Antragsstellung begonnen bzw. wurden bereits projektbezogene Lieferungs- oder Leistungsverträge abgeschlossen?

ja nein

Mir/ uns ist bekannt, dass bei vorzeitigem Maßnahmebeginn eine Förderung des Projektes/ der Maßnahme nicht erfolgen kann.

Unterlagen, die diesem Antrag beigelegt sind:

- Darstellung der Maßnahme (vgl. Beispielmappe)
- detaillierter Finanzierungsplan (Ausgaben / Einnahmen)
- Verpflichtungserklärungen, der in Aussicht gestellten privaten bzw. öffentlichen Kofinanzierungen

bei Baumaßnahmen:

- Bauunterlagen (DIN 276)
- Baugenehmigung
- Lageplan
- sonstige Unterlagen

Erläuterungen zum Ausfüllen:

- Den Branchencode WZ 2003 finden Sie auf unserer Internetseite unter <http://www.nbank.de>